

Bericht und Antrag

**des Ausschusses für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen
(14. Ausschuß)**

**zu der von der Bundesregierung zur Unterrichtung vorgelegten Übersicht über
die vorhandenen Einrichtungen nach den Anforderungen an ein modernes
Rettungssystem — Übersicht „Rettungswesen“ (Soll-Ist-Vergleich) —
— Drucksache 7/3815 —**

A. Problem

Durch den Ausbau eines funktionsgerechten Rettungssystems könnte die Zahl der Verkehrstoten wesentlich vermindert werden. Auch bei anderen Unfällen und plötzlichen Erkrankungen kommt es entscheidend auf schnelle ärztliche Hilfe an.

B. Lösung

Beim Ausbau eines Rettungssystems sind in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte erzielt worden.

Einmütige Kenntnisnahme im Ausschuß

C. Alternativen

entfallen

D. Kosten

entfallen

A. Bericht des Abgeordneten Dr. Oetting

Der Bericht der Bundesregierung in Drucksache 7/3815 wurde mit Schreiben des Präsidenten des Deutschen Bundestages vom 19. September 1975 dem Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen federführend sowie dem Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit zur Mitberatung überwiesen. Nachdem der zuletzt genannte Ausschuß auf die Mitberatung verzichtet hatte, behandelte der Verkehrsausschuß die Vorlage in seiner Sitzung am 2. Juni 1976.

Die Bundesregierung legt in ihrem Bericht dar, daß bei dem Ausbau des Rettungsdienstes in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte erzielt worden sind. In den Ländern sind die erforderlichen Rettungsgesetze teilweise bereits in Kraft getreten oder werden vorbereitet. Die Anzahl der Rettungswachen und der Krankentransportwagen entspricht bereits dem errechneten Soll, während bei den Rettungsleitstellen und den Rettungswagen noch weitere Investitionen notwendig sind, um das Soll zu erreichen. Der Ausbau eines Rettungshubschraubersystems macht ebenfalls beachtliche Fortschritte, zumal im laufenden Jahr noch weitere Stationen in Betrieb genommen werden (z. B. Eutin, Bielefeld,

Schweinfurt, Straubing). Relativ günstig verläuft ferner der Ausbau eines einheitlichen Notrufnummernsystems, durch das bereits jetzt 90 v. H. bis 95 v. H. der Bevölkerung erfaßt werden. Lediglich in den ländlichen Räumen sind hier noch weitere Maßnahmen erforderlich.

Der Ausschuß nahm von dieser Entwicklung mit Befriedigung Kenntnis. Er hält es für erforderlich, daß künftig der Unfallverhütungsbericht Straßenverkehr, der regelmäßig gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 7. November 1975 zu Drucksache 7/4164 in zweijährigem Abstand — erstmals wieder zum 31. Dezember 1977 — vorgelegt wird, auch nähere Angaben über die Weiterentwicklung des Rettungswesens einschließlich der Einführung eines einheitlichen Notrufnummernsystems enthält. Eine gesonderte Berichterstattung über diesen Fragenbereich gemäß Beschlüssen des Deutschen Bundestages vom 19. September 1974 zu Drucksache 7/2287 und vom 24. Oktober 1975 zu Drucksache 7/4108 kann sodann entfallen.

Der Ausschuß schlägt eine entsprechende Entschließung vor und empfiehlt im übrigen Kenntnisnahme von der Vorlage.

Bonn, den 2. Juni 1976

Dr. Oetting

Berichterstatler

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Von dem Bericht in Drucksache 7/3815 wird Kenntnis genommen.
2. Die Bundesregierung wird ersucht, dem Unfallverhütungsbericht Straßenverkehr erstmals zum 31. Dezember 1977 einen erneuten Soll-Ist-Vergleich über die Weiterentwicklung des Rettungswesens beizufügen. Der Bericht soll auch Angaben über die Einführung eines einheitlichen Notrufnummernsystems, insbesondere auch über den münzfreien Notruf von öffentlichen Fernsprechkabellen enthalten. Eine gesonderte Berichterstattung gemäß den Beschlüssen des Deutschen Bundestages vom 19. September 1974 zu Drucksache 7/2287 und vom 24. Oktober 1975 zu Drucksache 7/4108 entfällt.

Bonn, den 2. Juni 1976

Der Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

Börner

Dr. Oetting

Vorsitzender

Berichterstatler